

Verfügung des Direktors vom 24. Sept. 1934 in 222 Schulen des Memelgebietes die litauische Sprache als Unterrichtssprache eingeführt worden. Auf Grund der erwähnten Verfügung vom 24. September hatten die Eltern der memelländischen Schulkinder anzugeben, ob ihre Kinder deutsch oder „litauischer“ Abstammung sind und ob sie zu Hause mit ihren Kindern deutsch oder „litauisch“ sprechen. Die Angaben der Eltern wurden zunächst von den Schulleitern, sodann von den Schültern und schließlich, wenn das noch nicht ausreichte, auch noch vom Direktorium selbst, also von drei amtlichen Stellen, von denen mindestens die beiden höheren Instanzen nationalitätlich sind, überprüft. Bei dieser amtlichen Überprüfung der erteilten Angaben über Abstammung und Hausprache haben sich die unerhörtesten Mißgründe ereignet: 1. In jedem Kind, das nicht einen rein deutschen Namen besitzt, und jedes Kind, das vom festgestellt werden konnte, daß es selbst (oder seine Eltern) neben der deutschen Sprache auch den heimatisch-memelländischen Dialekt versteht, kuerbend als „litauisch“ bezeichnet worden. Die Angaben der Eltern wurden in zahllosen Fällen einfach unbeachtet gelassen. In sämtlichen bisher deutschsprachigen Schulen hatten die Eltern zu 80 bis fast 100 v. H. die Deutschsprachigkeit und die Deutschsprachigkeit ihrer Kinder in den ihnen vorgelegten Filen versichert. Von den Vätern, die die Angaben überprüfen, sind diese Angaben kuerbend umgeflüßelt worden.

An den Schulen des Memelgebietes, in denen auf diese Weise die Kinder „litauischer“ Abstammung oder „litauischer“ Hausprache die Mehrheit ausmachen, soll jetzt zwangsweise die litauische Unterrichtssprache eingeführt werden. Die Eltern werden ebenfalls nicht danach gefragt, ob sie damit einverstanden sind und ob sie überhaupt Wert darauf legen, daß ihren Kindern in völlig sinnloser Weise die Sprache eines so knapp 2 Millionen Einwohner so benachteiligt wird, das auch nur einen kleinen Teil der Bevölkerung politischer Hochstapler um seinen moralischen Kredit in der Welt betrogen wird. Der Grundsatz der Minderwertigen, die den freien kulturellen Wettbewerb fürchten, der Grundsatz, daß die Zwangsmittel der staatlichen Gewalt und der Chauvinismus der Bürokratie darüber zu entscheiden haben, welchem Volkswirtschaft die Bürger des Staates anzugehören haben, wird durch das litauische Vorgehen auf die Spitze getrieben.

Das deutsche Memelgebiet hat sich angelehnt dieses neuen gewalttätigen Eingriffes in die natürlichen Rechte jeder Volksgemeinschaft. In der Tat ist es ein Eingriff in die Rechte der deutschen Bevölkerung des Memelgebietes, sollen dort noch die deutsche Unterrichtssprache behalten. Und das in einem Lande, das normalerweise anders als deutsch gedacht und gefühlt hat, in dem das schmachvolle litauische geflüchtete Element aus Menschen gebildet wird, die mit ihrem nationalen Bewusstsein entweder ihre persönlichen Zwecke verfolgen oder aber erst im Laufe der letzten Jahre als Teilnehmer einer politischen Konjunktur von jenseits der alten deutsch-russischen Grenze ins Memelland importiert worden sind. Keinem deutschbewußten Bewohner des

Memellandes kann zugemutet werden, daß er sich dem Gewaltakt, der das Volkstum seiner Kinder bedroht, freiwillig fügt. Er hat die Macht, sich der Gewalt der staatspolitischen Fremdbestraft mit ebensolcher Gewalt zu widersetzen. Aber er ist immer noch stark genug, den Erfolg der litauischen Maßnahmen zu verhindern. Er kann es ablehnen, seine Kinder der Entausserung aussetzen, er kann sich weigern, seine Kinder in die Schule zu schicken, solange für sie dort die Gefahr der Erziehung in einem fremdvölkischen Geiste besteht, solange die Schulen im Memellande Anstalten sind, die dazu dienen, deutsche Kinder auf das kulturelle Niveau Schamansens herabzusetzen und sie mit dem Geißel der politischen Hochstapler zu verzeihen, die heute noch das deutsche Memelgebiet fiskalisieren. Die Väter scheinen selber anzunehmen, daß ihre verführten Terrormaßnahmen den passiven Widerstand der Memelländer herausfordern müssen. Wohl aus diesem Grunde haben sie größere Eruppenkontingente nach Stadt und Land Memel geleigt. Nach außen hin wird diese Maßnahme natürlich wieder nach demühten Muffler mit einem angeblühenden drohenden deutschen Einmarsch begründet. In den Rauser Heftblättern aller Schattierungen konnte man lesen, daß die deutschen Eruppenenteile an der Memelgrenze verläßt worden seien und daß Deutschland die Unabhängigkeit nicht nur Litauens, sondern aller baltischen Staaten betreibe. Die Wirklichkeit ist der Grund für die Belegung härterer Eruppenabteilungen aus Großlitauern ins Memelgebiet — wie gelangt — in der Surcht der Rauser Machthaber davor zu liegen, daß ihr liegt auf die Spitze getriebener Terror an einem Schul- und Steuertrieb des Volkes scheitern könnte. Sie wollen in einem solchen Falle sofort in der Lage sein, mit der benannten Macht einzuwirken zu können, da sie nicht hoffen können, im Falle eines allgemeinen Streikes unter der Bevölkerung des Memellandes selbst eine nennenswerte Zahl von Bundesgenossen zu finden.

Es geht heute, in dem gemäßigten Lande jenseits der Memel hart auf hart. Wie an der Saar, so kämpft auch dort deutsches Volkstum um seinen Bestand. Sorgen wir dafür, daß das Schicksal der 140 000 an der Memel nicht im Schatten des Schicksals der 800 000 an der Saar verschwindet! Der Menschlein sind an der Memel jener weniger als an der Saar, und an Reichümern kann das Land im Osten nicht ebensoviel wie das im Westen aufweisen. Aber es kommt, wenn deutsches Volkstum auf dem Spiele steht, nicht auf die Zahl der Menschen und nicht auf die Größe des Reiches, sondern auf die Stärke des Willens an. Es kommt darauf an, daß Memel auf die deutsche Seite weilt, auch das Korn gemehrt wird, deutsch zu bleiben. Es kommt darauf an, daß ein Land, das deutscher Schicksalsboden ist, nicht für immer zum Kummelplatz politischer Freireiber wird. Es darf nicht geschehen, daß, wenn die Glocken von Saarbrücken und Saarlouis die Stunde der Freiheit deutscher Volksgenossen im Westen eintönen, die Glocken von Memel und Heggedork die Stunde des Unterganges der Freiheit deutscher Menschen im Osten verkünden.

Los von Paris!

Der französische Außenminister hat sich daran überzeugt, daß der Ostpakt nur dann den Frankreich beabsichtigten Erfolg haben kann, wenn Deutschland mit in den Rahmen des Paktesystems einbezogen wird. Er hat daher am 30. November in seiner außenpolitischen Erklärung eine Einladung an Deutschland gerichtet, diesem gegenseitigen Bestandsakt beizutreten, in dem es die gleichen Garantien findet wie die, die es den anderen Ländern zuteil werden läßt. Vaval hat dabei allerdings nichts vorgebracht, was Deutschland dazu veranlassen könnte, seine bisherigen Bedenken gegen diesen Pakt beselze zu heben; er hat es nicht einmal für nötig gehalten, den angenommenen Konzepte zu ändern, die dem die Herrschaft über Ost-Ostsee seit ihrer Frankreich und der Türkei gleichmäßig beilehen. Die Interessen unseres Landes, hat Vaval gesagt, decken sich mit denen des Friedens. . . . Der Reichskanzler Hitler hat seinen Willen zum Frieden bekundet. Wir fordern ihn auf, seine Worte in Handlungen umzusetzen, indem er sich der Politik anschließt, die wir in Ostsee verfolgen. Vaval ist dabei den Rathweiser schuldig geblieben, daß die Politik, die Frankreich in Ostsee verfolgt, wirklich dazu angeht ist, dem Frieden zu dienen, das heißt: den Krieg zu verhindern. Man erinnert sich daran, daß Frankreich gelegentlich auch seine — Kriege mit seiner Friedensliebe begründet.

Was die transjuralen Ostpolitik anlangt, so hat sie bisher jedenfalls weniger dem Frieden als der Verarmung der in Versailles mit voller Abicht geschlossenen Sengens zwischen den Staaten und Völkern Osteuropas gedient. Es genügt wohl, darauf hinzuweisen, daß das einzige politische Ereignis der Nachkriegszeit, das wirklich zu einer in ganz Ostseeuropäischer Entspannung geführt hat, der deutsch-polnische Pakt vom 26. Januar d. J., in Frankreich Bestätigung und Umklein herozogen hat, um die französische „Friedenspolitik“ in Ostseeuropa in ihrer ganzen Unmöglichkeit. Die Vampftropfen erkennen zu lassen. Die Reihe, seinen Willen zum Frieden zu erklären, ohne die Verpflichtung zu bezeichnen, ist nicht an Deutschland, sondern an Frankreich. Diesen Willen aber kann Frankreich nicht dadurch beweisen, daß es den anderen Staaten ein Paktesystem aufzuzwingen versucht, das sehr deutlich die Kennzeichen einer verzeirlichen Vorkriegsdiplomatie an sich trägt;

london nach allen Erfahrungen, die man bisher mit der Ostpolitik des Quai d'Orsay hat machen müssen, kann Frankreich seinen Willen zur Ruhe im Osten nur noch dadurch glaubhaft machen, daß es endlich aufhört, sich in Angelegenheiten zu mischen, an denen es als eine westeuropäische Macht mit starken kolonialen Bindungen räumlich durchaus nicht beteiligt ist. Das Beispiel des deutsch-polnischen Paktes hat wohl zur Genüge bewiesen, daß der Frieden im Osten am besten dann zu sichern ist, wenn Frankreich seine Hand nicht mit im Spiele hat.

Die Herren des Quai d'Orsay können ihre „Mitarbeit“ im östlichen Mittelmeer jedoch noch immer für unerschöpflich zu halten. Die „Sorge“ um die Erhaltung des Friedens im Osten läßt nicht ruhen. Sie können beruhigt sein! Die Zeit ist gekommen, in der auch die Staaten, die sich bisher stets auf Frankreich zu verlassen gewohnt waren, den Pariser „Bestand“ eher lästig als nützlich empfinden. Es gibt im ganzen östlichen Mittelseegebiet nicht nur noch einen einzigen Außenminister, der es sich noch nicht abgemüht hat, in Paris die Zentrale zu leben, der es zulehzt, die politischen Befehle des Ostens zu leisten. Dieser Mann liegt in Prag. Überall sonst aber hat die Emanzipation der östlichen Staaten von der französischen Vorkriegspolitik schon mehr oder weniger Schritte gemacht. Am 15. Oktober hat sich unter der Parole „Der Balkan der Balkanvölkern“ ein Zusammenfluß der Mächte vollzogen, der mit der zunehmenden Überwindung der gegenseitigen Spannungen auch die Anlaufpunkte für eine fortgesetzte Einmischung von französischer Seite verringert. Für die Situation in Donauraum ist es bezeichnend, daß bei dem gegenwärtigen Streit um die ungarische Revisionspolitik Frankreich schon mehr der Geduldssee als der Schiebende ist. Aus dem früher so geistigen Polen ist im Laufe der letzten zwei Jahre eine Großmacht geworden, die es schon wegen kann, den französischen Kapressellen ihren schicksalhaften Überfall entgegenzusetzen. Und auch die baltischen Staaten machen wenigstens schon den Versuch, sich von dem Diktat der Pariser Politik zu befreien, werden hierbei allerdings stets wieder von der Terrorpolitik Litauens im Memellande behindert. Alles in allem ist das Interesse für die

französischen Opankpläne in den Osmitteltelortrupfen Staaten am liebsten gering. Zwar will es keiner von diesen Staaten mit Frankreich verleben. Aber die meisten von ihnen zeigen heute doch der Auffassung zu, daß es nicht die Aufgabe eines mehr europäischen Staates sein kann, in Oj Europa eine führende Rolle zu spielen.

Paal hat in seiner Kammerrede behauptet, daß der Opank durch die in ihm enthaltene Garantie des gegenseitigen Beistandes geeignet ist, die Kriegsgefahr zu vermindern. Nicht nur von deutscher Seite ist das bemerkt und darauf hingewiesen worden, daß ein solcher Opank eher dazu ansetzt, als ein solches Verlehen der Versöhnung zum gegenseitigen Beistand bedeutet, daß ein Konflikt, der zwischen zwei am Opank beteiligten Staaten ausbricht, automatisch auch alle anderen Partner ereignet; diese Verpflichtung bedeutet, daß im Fall eines anderen Konfliktes durch den Opank der diplomatische Apparat in Bewegung gesetzt wird, der durch seine verallgemeinernde Tendenz ebenso unangelegentlich zur europäischen Katastrophe führen muß, wie er damals zum Weltkrieg geführt hat, als durch die Schüsse von Sarajevo ein zunächst nur lokaler Konflikt auszufließen worden war. Wenn

von deutscher wie auch von anderer Seite auf diese unangelegten Gefährdung des französischen Beistandes verwiesen wird, so kommt darin ein grundlegendes und praktisch sehr bedeutungsvolles Unterstreichen der wissenschaftlichen Methoden dieser Staaten gegenüber demjenigen zum Ausdruck, die Frankreich anwendet. Das offizielle Paris hält mit geradem freilebhaft anmutender Eigenfinnigkeit an Methoden fest, deren mangelnde Eignung zur Behebung politischer Spannungen vor und nach Versailles durch eine oblige Kette von Katastrophen und Misserfolgen mit hinreichender Deutlichkeit festgestellt worden ist. Wenn es hartnäckig auf diesen Methoden beharrt, so deshalb, weil es sie für die geeignetsten hält, um sich den zur Beauptung seiner Vormachtstellung auf dem Kontinent notwendigen, vertraglich festgelegten ständigen Einfluß auf die Länder Oseuropas zu sichern. Es hat mehr als glaubt, durch diese Methoden die Staaten im Osten Deutschlands am besten im Zustand der französischen Unmündigkeit erhalten zu können. Methoden und Ziele der französischen Politik bedingen einander. Deshalb haben die Staaten im Osten, die nach außenpolitischer Selbständigkeit streben, auch allen Anlaß, mißtraulich zu sein gegenüber den von Frankreich angewandten Methoden, als deren typische Form gegenwärtig in erster Linie der Opank erscheint. (Dr. R.

Polen in der Wirtschaftskrise.

Von polnischer Seite ist in letzter Zeit häufig darauf hingewiesen worden, daß sich die wirtschaftliche Lage des Landes zusehends bessern wird und daß es in dem Voraussetzungen für einen weiteren Aufstieg der polnischen Volkswirtschaft durchaus nicht feht. Daß die Währung stabil, die Handelsbilanz aktiv, die Produktion im Aufsteigen ist u. a. wird als hoffnungsvolle Zeichen einer bevorstehenden Gesundung gemeldet. Es kommt bei derartigen Betrachtungen stets darauf an, von welchem der Krisis seitlich dann mag man auch durch einen kleinen Wiederholungs schon optimistisch gefehmt werden können. Stellt man sich aber auf den Wellenkamm der vergangenen Hochkonjunktur, dann wird man auf ein etwaiges Wiederansteigen etwas kritischer blicken. Die Polen stellen sich bei Betrachtung ihrer wirtschaftlichen Lage möglichst so, daß ihnen die Gegenwart nicht allzu trübe erscheint. Etwas anders sieht die Entwicklung dann aus, wenn sie in nächsterer Weise betrachtet wird, wie es etwa von Seiten des Statistischen Reichsamtes geschieht. Im 3. Vierteljahrsbericht zur Statistik des Deutschen Reiches 1934 ist eine sorgfältige Arbeit über die Wirtungen der Krise auf die Wirtschaft Polens erschienen, aus der einige Hinweise im folgenden kurz zusammengefaßt werden sollen.

Das Kapitalarme Polen hatte unter den Finanzkrissen des Auslandes empfindlich zu leiden. Die Kreditstörungen in Deutschland und Frankreich führten in Polen im Herbst 1930 zu starken Kapitalabzügen des Auslandes. Diskontenerhöhungen und Kreditrestriktionen der Zentralnotenbank und der Privatbanken verminderten die Kapitalabflüsse und ihre Folgen für die Wirtschaft nicht auszuhalten und abzumildern. Die Lage für Polen verschärfte sich noch mit dem Zusammenbruch der österreichischen Kredit-Anleihe und der Bankkrise in Deutschland im Jahre 1931. Seitdem blieb die polnische Währung stabil, blieben die polnischen Banken intakt und kamen die Kapitalabflüsse Mitte 1932 zum Stillstand, aber eine Verflüssigung des Kapitalmarktes war nicht mehr zu erreichen, der Staatshaushalt wies ein wachsendes Defizit aus und die Inflationsrisikosität lag nahezu völlig barmieder. Das hat sich auch heute noch nicht wesentlich gebessert.

Die Ausfichten für die Industrie sind nicht günstig. Die Zeit der deflationistischen Kostenkämpfe ist noch nicht zum Abschluß gekommen. Die industrielle Produktion weist gegenüber dem Jahre 1928 einen sehr starken Rückgang auf. Die monatliche Steigerung ist in absehbarer Zeit kaum zu erwarten. Die Sommermonate d. J. haben ebenfalls nur einen geringfügigen Anstieg in der Produktion zu verzeichnen. Seht man die industrielle Gesamtproduktion von 1928 bis 100, so betrug die Produktion im 2. Vierteljahr 1934 nur 63,6 p. H. Der Rückgang ist bei den Produktionsgütern stärker als bei den Verbrauchsgütern und der Steinkohle. Die Gesamtindustrie Polens hat im 1. Vierteljahr 1928 (als die von konjunkturellen Höhepunkten stand) 913,8 Mill. Stoty betragen. Ihren Tiefstand hat sie im 1. Vierteljahr 1933 mit 179,7 Mill. Stoty erreicht. Das 2. Vierteljahr 1934 weist eine geringe Steigerung der Einfuhr auf 188,7 Mill. Stoty auf. Die Einfuhr Polens ist also um etwa ein Drittel vom sommermonatlichen Höchststand im 3. Vierteljahr 1929 mit 819,2 Mill. Stoty, ihren Tiefstand im 1. Vierteljahr 1933 mit 213,1 Mill. Stoty und hatte sich im 2. Vierteljahr 1934 erst auf 237,3 Mill. Stoty erholt. Einen Anhaltspunkt für die Entwicklung der Konjunktur bietet auch die Statistik der Beschäftigten. An den Verbrauch-, Nütten- und Industriebetrieben mit mehr als 20 Arbeitern waren im 4. Quartal 1928 fast 814 000 Kräfte beschäftigt. Am 1. Quartal 1933 waren es nur etwa 426 500. Die Zahl liegt im 2. Quartal d. J. auf 513 000, ist seitdem aber wieder gesunken.

Von besonderer Wichtigkeit für Polen ist die Agrarkrise. Der neue polnische Staat verfügt über einen Gebietsumfang von 386 000 Quadratkilometer, von denen über 85 % während des Krieges unbesonnen und Kämpfen ausgebeutet waren. Die Bevölkerung dieses Gebiets ist zu 70 % in der Landwirtschaft tätig. Die Landwirtschaft bildet somit das Rückgrat des polnischen Staates. Der Struktur nach bestehen große regionale Unterschiede. An den westlichen, größtenteils von Deutschland abgetrennten Gebieten herrschen Großbetriebe mit vielfach hochentwickel-

tem Sachfruchtanbau vor, in den übrigen Teilen des Landes überwiegen bäuerliche Betriebe, die noch durchaus primitiv wirtschaften. Im Gegensatz zu den benachbarten Nachbarstaaten verdischte Polen auf eine sorgfältige gezielte Ausleitung des Großgrundbesitzes. Der Regierung schwebte als wichtigstes laatspolitisches Ziel die möglichst baldige Sicherung der Ernährung der Gesamtbevölkerung aus eigener Scholle vor, wobei plötzliche Eingriffe in die Besitzverhältnisse der leistungsunfähigen Großbetriebe notwendig gemerkt hätten. Mit Hilfe der in reidem Maße vorhandenen Arbeitskräfte war es nach Verlaß der höheren Jahre möglich, einen großen Teil der Kriegezeit in Polen zu betreiben. Die landwirtschaftliche Produktion beträchtlich zu vermindern. Die meisten Erträge Agrarerzeugnisse im In- und Ausland gelatteten außerdem in Investitionen und einen verhältnismäßig hellen Ausbau der Betriebe. 1928 war das Ziel der Vrotgetreideverfertigung aus eigener Scholle erstmalig erreicht. Gleichzeitig begann sich jedoch die starke Verlesung der Bauernbetriebe mit Arbeitskräften störend bemerkbar zu machen. Infolge des Kinderreichtums der polnischen Landbevölkerung lieferte ständig ein beträchtlicher Überfluß an Arbeitskräften auf dem Lande. Infolge dessen waren die Bauernbetriebe bald mit Arbeitskräften im eigenen Betrieb überbraucht wird, andererseits aber bei den ersten Auswirkungen der überproduktion die Preise unumkehrbar zu sinken müßen, da die entbehrlichen Produkte zur Deckung der nicht im eigenen Betrieb herstellbaren Bedarfsgüter zu jedem Preise verkauft werden. Von dem Mangel der überbevölkerung gewinnt man eine Vorstellung aus folgenden Zahlen: Die Dichte der ländlichen Bevölkerung ist 1 Quadratkilometer beträgt in Polen 55, in den östlichen Provinzen sogar 70, in Deutschland dagegen 40, eine Dichte, die bereits nach einem günstigen Abwehrverhältnis als Norm angesehen werden kann. Eine weitere Folge des starken Eigenverbrauchs der Agrarbetriebe besteht darin, daß so gut wie keine Spartkräfte aufkommen können. Mit Ausbruch der Agrarkrise wurde die Möglichkeit der Agrarüberflusses zu exportieren, stark beschränkt. Die zunehmende industrielle Arbeitslosigkeit wirkte gleichzeitig einschränkend auf den Inlandsverbrauch. So ist nach Berechnungen des polnischen Instituts für Konjunkturforschung der Brotverbrauch in Polen während der letzten Jahre gemessenmäßig um 25,5 % gesunken.

Der Dreiseerfall der Agrarerzeugnisse führte zu einem starken Auseinanderfallen der Preisreihe, nämlich der Preise der Agrarerzeugnisse in der Reihe für die Preise industrieller Fertigerwaren. Wenn man die Preise für 1928 als Basis setzt, so betrug die Preis für industrielle Fertigerwaren von 1929 bis zum ersten Halbjahre 1934 um 101,3 %, und der Agrarerzeugnisse von 90,3 auf 37,6, also die Agrarpreise in Prozent der Fertigerwarenpreise von 89,1 auf 38,7. Ohne Befestigung der schon seit Jahren anhaltenden Diskrepanz zwischen Agrarerzeugung und Inlandsbedarf dürfte die Not der Landwirtschaft nicht zu beheben sein. Eine Begleiterscheinung der geschilderten Verhältnisse ist die weitgehende Verfallung, die zum Teil noch auf die Zeit vor Ausbruch der Krise zurückzuführen ist.

An ein weitestgehende Steigerung der Agrarexporte Polens ist schwerlich zu denken. Einmal wegen der Selbstversorgungstendenzen der Industrieländer ein maßgebendes Hindernis, außerdem hat die polnische Landwirtschaft mit abgesehenen gelegenen Nachbarstaaten und den osteuropäischen Balkanländern zu konkurrieren. Die klimatischen Verhältnisse Polens gestatten ferner allein die Produktion solcher Agrarerzeugnisse, die die mitteleuropäischen Nachbarstaaten aus eigener Scholle decken können. So bleibt dem polnischen Staat nur die Möglichkeit, den zunehmenden ländlichen Bevölkerungsdruck durch Industrialisierung abzubauen. Eine starke Industrialisierung steht jedoch die Tatsache entgegen, daß die bereits bestehende Industrie ein keineswegs gesunde Grundlage besitzt und mit zahlreichen strukturellen Schwirrigkeiten zu kämpfen hat, von welchen im einzelnen ausführlich in 3. Aufsatze und einziger Abnehmer für die Textil- und Metallindustrie, weitgehende Rohstoffabhängigkeit vom Ausland, Kapitalmangel. Der letztere sowie die geringe Kaufkraft der Agrarbevölkerung bleibt für die künftige Entwicklung der wichtige Hemmungsfaktor.

Die Demotorisierung Polens.

Die Zahl der Kraftwagen ist in Polen, als dem einzigen Staate Europas, der überhaupt eine Abnahme zu verzeichnen hat, seit 1931 um 30 v. H. zurückgegangen. Einige Zahlen mögen die Rückständigkeit Polens auf dem Gebiete der Motorisierung erläutern: Ein Auto kommt in Polen auf 1291 Personen (in USA auf 5 Personen). Auf je 100 qkm Staatsoberfläche kommen in Polen 7 Autos (ebenfalls wie in — Australien). Deutschland zählte 1933 rund 659.000 Kraftwagen, Polen nur 25.300 (d. i. die Hälfte der in Österreich vorhandenen Kraftwagen). Anfang 1927 gab es in Polen 16.800 Autos; der Zahl hier im Anfang 1931 auf 39.000 an, sie dann aber wieder bis Anfang 1933 auf 25.245 zurück, um bis Anfang dieses Jahres nur um knapp 900 wieder anzusteigen.

Die Demotorisierung Polens hat nach Ansicht der „Gazeta Polska“ ihren hauptsächlichsten Grund in den fast jede Einfuhr unmöglich machenden Zöllen. „Die prohibitive Zollföhr“, schreibt das Blatt, „haben zur Folge, daß Polen das Land der teuersten Automobile der Welt ist. Ein Kraftwagen vollstündlicher CUPS, dessen Preis in jedem anderen Lande zwischen 4000 und 6000 Stoty schwankt, kostet in Polen über 12.000 Stoty. Noch größer ist der Unterschied bei den Wagen höherer Qualität. Hier kommen bei uns zu Lande noch zahlreiche Auffschläge, die jeden Kraftwagenabnehmer belasten, und verschiedene, die sich sehr häufige Formalitäten, die jeder Verkäufer zu erledigen hat. Das Ergebnis ist, daß sich immer weniger Käufer von Privatautos finden. Zahlreiche Wirtschaftsorganisationen und Automobilclubs sind wiederholt an die Regierung mit dem Hinweis auf die Notwendigkeit, die bisherige Motorisierungspolitik einer Revision zu unterziehen, herangetreten, da sie letzten Endes geradezu entgegengesetzte Ergebnisse zeitigte, als beabsichtigt, nämlich zu einer vollkommenen Demotorisierung des Landes führe. Dies ist aus wirtschaftlichen Standpunkt äußerst unerwünscht und gleichzeitig sehr gefährlich im Hinblick auf die Landesverteidigung.“ (Beispiel: Ein Ford, der in Östingen nur der Vergütung 7000 Stoty kostet, wird durch den Zollaufschlag bis auf 15.000 Stoty verteuert. 1 Liter Benzin kostet in Polen 70 Groschen, während der französische oder der schwedische Verbrauch für das gleiche, aus Polen bezogene Benzin nur 20 Groschen zahlt.)

Der „Justromow Kurier Cobyenny“ schreibt über den Zusammenbruch der Motorisierung Polens: „Die zahlenmäßige Stand der Kraftwagen in Polen darstellende graphische Kurve ist ein wahres Spiegelbild der Verhältnisse und der Maßnahmen auf dem Gebiete der Motorisierung in Polen. Bis zum Ende des Jahres 1930 ermöglichten ein freier Handel, freie Konkurrenz, entsprechend angemessene Zölle, noch verhältnismäßig zureichende Steuern sowie ein allgemeines, den Kraftwagenverkehr fördernde Politik eine normale Entwicklung dieses Wirtschaftsgutes, wogegen gleich diese Entwicklung auch langsam vor sich ging. Wenn dieser Zustand weiterhin beibehalten worden wäre, so könnten wir, selbst unter der Berücksichtigung der augenblicklichen Weltwirtschaftskrise und ihrer hemmenden Wirkungen, unter normalen Bedingungen um 1. Juli 1934 mindestens 65.000 Autos gehabt haben. Statt dessen haben wir — wie die Statistik zeigt (zumal mit Motorrädern und anderen mechanischen Wagen) — nur 35.000, d. i. fast die Hälfte.“

„An den Jahren 1931 und 1932 fiel die Zahl der Autos in Polen gewaltig. Der Grund dafür ist die überaus hohe Abgabe für den staatlichen Wegfonds. Diese Steuer traf den sich in

der Entwicklung befindlichen Automobilismus in Polen sehr hart. Die Jahre 1933 und 1934 zeigen eine unbedeutende Ausnahme, aber hauptsächlich bei denjenigen Wagenarten, für die gerade die Wegsteuer ermäßigt wurde. Es sind dies die privaten Personenautos und Motorräder. Dagegen ist der Rückgang derjenigen Wagenkategorien nicht aufgehalten worden, die auch weiterhin mit hohen Abgaben belastet werden, das sind die Verkehrsaufbauten, Volkskraftwagen und Autotaxen. Die Steuerbelastung hatte sich in den letzten vier Jahren den entscheidenden Einfluß auf die Anzahl der verkauften Kraftwagen in Polen. Die Folgerungen aus alledem zu ziehen, bereitet keine größeren Schwierigkeiten. Es erweist sich nämlich, daß alle übermäßigen Steuerbelastungen, die zur Vermehrung der Einnahmen des Wegfonds beitragen sollen, nur entgegengesetzte Folgen haben. Sie verringern nur die Zahl der Käufer, ohne die Einnahmen zu erhöhen.“

Der Krakauer „Kurier“ weist weiter darauf hin, daß auch die Durchführung der Verordnung über den konfiszieren Erwerbstitels von Personen und Gütern mit Autobussen und Volkskraftwagen sehr wesentlich dazu beigetragen habe, die Zahl der in Polen verkauften Autos auf ein Drittel des früheren Standes zu verringern. An der gleichen Richtung habe schließlich auch die Errichtung von Autobusverkehrsstellen durch die polnische Staatsbahn auf den wichtigsten, also den rentabelsten Strecken gemittelt. „Es ist eine wohl schwer zu bestrittene Tatsache, daß das Verkehrsministerium durch Aufnahme des Autobusverkehrs nicht nur eine Reihe kleiner privater Arbeitsstätten zum Erliegen gebracht hat, sondern sogar selbst zu dem von ihm geführten Autobusverkehr sehr bedeutende Summen zulegt und dadurch das mögliche Defizit der Staatsbahnen nur noch vergrößert.“

Die Warschauer Industrie- und Handelskammer hat bereits vor längerer Zeit eine Eingabe an die Regierung gerichtet, in der sie insbesondere mit Bezugnahme der inländischen Montage aus dem Ausland eingeführten Autoteileanfertiger gefordert wird. Es heißt da u. a.: „Die Erfahrungen, die wir bisher mit der inländischen Autoteileindustrie gemacht haben, sind so traurig, daß diese Möglichkeit praktisch gar nicht in Frage kommt. Wir haben Autos in geringer Anzahl und zu phantastisch hohen Preisen hergestellt, was je miteinander in Beziehung steht. Eine Autoteileindustrie benötigt nicht so große Kapitalien, sondern auch ein Heer geübter Spezialisten. Wir haben weder das eine noch das andere. Die Schaffung einer eigenen Autoteileindustrie ist auch vom Arbeitsmarkt abhängig, und diesen besitzen wir ebenfalls nicht. Es ist jedoch möglich, ausländischen Fabriken, die durch ihre solide Arbeit bekannt sind, die Möglichkeit der Montage und Führung von Montagewerkstätten großen Stils in Polen zu geben. Dabei müßte jedoch zur Verbindung gemacht werden, daß die größtmögliche Anzahl von Einzelteilen, die im Inlande hergestellt werden können, von diesen Fabriken mit der Zeit in zunehmendem Maße verwendet würden. „Mit der Zeit — denn vorläufig ist das aus technischen Gründen noch nicht durchführbar.“ Eine weitere von der Regierung den ausländischen Montagewerken zu stellende Bedingung müßte die finanzielle Teilnahme dieser Firmen am Ausbau des polnischen Straßennetzes sein. Es würde die polnische Autoteileindustrie zum Entstehen dieser ausländischen Firmen zusammenfassen, die der Ausbau von Straßen ja gleichzeitig den Arbeitsmarkt erweitert. Es sei daher anzunehmen, daß in eigenem Interesse keines dieser Unternehmen sich weigern würde, diese Bedingungen anzunehmen.“

Stland-Woche.

Spotonki iud „Weisheit“.

Im „Kurier Warszanski“ vom 23. November 1934 demütigte sich St. Spotonki, Mitarbeiter des „Gazeta Polska“ in der Außenpolitik zu sein. Es ist bezeichnend, daß er zu diesem Zweck auf Artikel und Bücher zurückgreifen muß, die schon vor längerer Zeit erschienen sind, deren Inhalt also für die gegenwärtige, klare politische Linie Deutschlands völlig ohne Belang ist. Wollte man umgekehrt Veröffentlichungen von polnischer Seite, die eine antideutsche Tendenz enthalten und somit den deutsch-polnischen Abmachungen widersprechen, zusammenstellen, dann hätte man es wirklich nicht nötig, auf Artikel oder Bücher zurückzugreifen, die 1931 oder 1932 erschienen sind. Die unmittelbare Gegenwart müßte hierzu sehr reichlichen Stoff. Spotonki hat sich bei der Abfassung dieses Artikels auf die 3 Informationsblätter des „Walisischen Instituts in Chicago“ gestützt, wie er sagt, „wie ein Kranich die Nacht an der polnischen Westgrenze hält“. Er verweist zunächst auf einen Artikel, der im Mai 1931 unter dem Titel „Die Wendung nach Osten“ im „Ostland“ erschienen ist und der ihm aus nicht näher erläuterten Gründen ebenso verdächtig vorkommen scheint wie ein anderer, im Juni 1933 unter der Überschrift „Der Osten im Dritten Reich“ erscheinender „Ostland“-Artikel. Weiter scheint Spotonki ein Rundschreiben des preußischen Kultusministers „bevollmächtigt“ zu sein, da darin nämlich zur stärkeren Betonung des Ostens im Selbstverständlichen der Schulunterricht gefördert wird. Dann greift der kleine „Kranich“ auf den „Roman von R. Oskar Bork“ zu. „Deutsche Wächter an der Weichsel“ zurück, der im Jahre 1931 erschienen, ihm „ein wichtiges Dokument zur Erkenntnis der Psyche des

heutigen Deutschen“ zu sein dünkt. Als viertes „Beweisstück“ erwähnt Spotonki schließlich eine Kozele von Cha Cich „Flammen über Pongiz“, eine anpruderlose Erzählung, deren Erscheinungsjahr 1932 ist. Die Folgerung, die man aus dem Artikel des „Kurier Warszanski“ ziehen muß, ist, daß auch dort, wo der „belle Wille“ vorhanden ist, nicht festgestellt werden kann, daß von deutscher Seite dem Geist der deutsch-polnischen Abmachungen, selbst dieses selbst, verfallen worden ist — ganz abgesehen davon, daß es nicht klar ist, worin a B, im Falle der beiden „Ostland“-Artikel aus dem letzten Jahre die „polenfeindliche Tendenz“ gelegen haben soll. Auf Spotonki muß schließlich zugaben, es sei verständlich, daß in einem so disziplinierten Lande wie Deutschland in den letzten Tagen und Monaten Bücher mit ähnlichen Akzenten nicht erschienen sind. „Aber“, so fügt er, um ja nicht in den Verdacht eines „leidenschaftigen Verhandlungspolitikers“ zu kommen, folglich nicht, „es ist auch ebenso sicher, daß ein Wechsel in der Stimmung nicht unbedingt für eine Änderung der tiefsten Gefühle spricht“. Spotonki muß das so lassen. Und man kann diese Warnung, was ihn und seine Landsleute anlangt, nur zur Kenntnis nehmen.

Zwangsverwaltung gegen Pächter.

Die Zwangsverwaltung der Diebstahl- und Unterschlagungen wirkt nicht nur für die deutschen Beamten, Angestellten und Arbeiter verhängnisvoll aus, und sie steht nicht nur über den mobilerordneten Rechts der deutschen Bevölkerung, sondern auch über den Unternehmern, die gegen die Deutschen gemittelt, die von den landwirtschaftlichen

Vom 1. Januar 1935 an wird das

„Ostland“ als Halbmonatschrift

am 1. und 15. jedes Monats erscheinen. Der Bezugspreis beträgt vierteljährlich 0,90 RM, zuzügl. 0,12 RM Bestellgebühr.

Neubestellungen bis zum 20. Dezember!

Verhörungen des Viehes vom Fleck Bandt angefaßt haben. Die allgemeine Notlage der polenrischlichen Bevölkerung hat es diesen Jahren 1500 Pächtern größtenteils unmöglich gemacht, die fällige Pacht rechtzeitig zu zahlen. Die fürstlich Pleschke Verwaltung hatte stets auf die Notlage der Pächter in weitgehendem Maße Rücksicht genommen und auf die Anwendung von Zwangsmaßnahmen gegen die mit ihren Zahlungen rückständigen Pächter verzichtet. Die polnische Zwangsverwaltung glaubt einen solchen Beweis sozialen Verhältnisses nicht nötig zu haben. Vermutlich macht es den Zwangsverwaltern auch ein besonderes Vergnügen, kleine Leute, wie die Pächter, zu schikanieren. Jedenfalls hat es die Zwangsverwaltung für richtig gehalten, alle Pächter in schroffer und ultimativer Form auffzufordern, binnen drei Wochen die aufgelaufenen Pacht rückstände zu begleichen, widrigenfalls das Pachtverhältnis aufgelöst würde. Da es den Pächtern, die unterhalb der Not geraten sind, völlig unmöglich ist, dieser Aufforderung in der kurzen Zeit nachzukommen, werden die meisten von ihnen das Stück Ackerland oder den Streifen Wiese, den sie angekauft haben, verlieren. Die Zwangsverwaltung wird auf diese Weise die Pleschken Unternehmungen ganz gewiß nicht sanieren. Darauf kommt es ihr aber auch gar nicht an; zu diesem Zwecke hat sie Grabszinski auch nicht vom Gericht einschicken lassen. Sie wird nur wieder mehrere hundert deutsche Familien schädigen, und damit hat sie sich wieder einen weiteren Teil der ihr zuweisenden Aufgabe erfüllt.

Polens Agrarexport.

Über einige wesentliche Posten der landwirtschaftlichen Ausfuhr Polens gibt nachstehendes Übersichtstabelle Auskunft. Die Ausfuhr von Lebensmitteln aus Polen in den ersten 9 Monaten dieses Jahres, verglichen mit der Ausfuhr in der entsprechenden Zeit des Vorjahres, stellt sich wie folgt dar:

	1934	1935
	Stück Mill. St.	Stück Mill. St.
Pferde	13 235 2,7	15 742 2,8
Rinder	5 375 1,8	2 146 1,2
Schweine	110 758 12,5	66 460 7,1
Wolle	59 410 0,25	59 558 2,3

Wie aus diesen Zahlen zu ersehen ist, sinkt die Ausfuhr von Pferden etwas zurück. Befonders stark ist der Rückgang der Schweineausfuhr. Dieser Rückgang auf ein Sechstel der Vorjahresausfuhr hat seine Ursache vor allem darin, daß Deutschland keine Genehmigung erteilt hat, nach dem neuen deutsch-polnischen Kompenzationsabkommen hat Polen die Möglichkeit, innerhalb eines Jahres 700 000 Stück Magerzucht nach Deutschland auszuführen, so daß Polen für einen nicht unwichtigen Posten seiner landwirtschaftlichen Ausfuhr sich ein Absatzgebiet gesichert hat. Die Ausfuhr von Schweinen ist dagegen um über 40 Prozent gesunken, weil das neue zwischen Polen und Österreich geschlossene Handelsabkommen die Schweineausfuhr wesentlich erleichtert bzw. in einem bestimmten Umfang ermöglicht hat.

Was die Getreideausfuhr anbetrifft, so wurden aus Polen in den ersten neun Monaten 179 052 Doppelzentner Getreide im Werte von 15 Millionen Lotz ausgeführt, von dieser Menge entfallen auf Deutschland 121 276 Doppelzentner im Werte von 13,2 Millionen Lotz, das sind zwei Drittel der gesamten polnischen Getreideausfuhr. Die Butterausfuhr ist um mehr als das Dreifache gestiegen, und zwar von 11 221 Doppelzentner im Werte von 2,9 Millionen Lotz auf 37 465 Doppelzentner im Werte von 7 Millionen Lotz, diese Ausfuhr übersteigt die Butterausfuhr des Vorjahres letzten Jahres bereits um 130 Prozent. Während jedoch im vergangenen Jahr kleine Mengen nach anderen Staaten ausgeführt wurden, ist in diesem Jahre die gesamte polnische Butterausfuhr von Deutschland aufgenommen worden. Das Kompenzationsabkommen in dieser Polen eine Ausfuhr von 4000 Doppelzentnern Butter monatlich nach Deutschland zu.

Die neue Bahnverbindung Warschau—Kraakau.

Nach der Roblenbahn Kattowitz—Gödingen ist die neue Eisenbahnverbindung Warschau—Kraakau der zweite große Wahn des Pilsudski-Regimes. Es hat bisher zwei Verbindungen zwischen der Pansbacherstadt und Kraakau gegeben. Die eine, die Wien—Warschau Bahn, führt von Warschau über Skieniewice—Petrikau—Kromo—Rabornik—Schonhosau—Domowow—Sosenow nach Kattowitz hin. Kurz vor Domowow bei Zomkko—Wien, zweigt von dieser Linie die Strecke nach Kraakau ab. Die zweite Eisenbahnverbindung Warschau—Kraakau führte bisher gleich-

falls aus der Zombkower Gegend über Riske und Radom nach Demblin (Manarod) an die Weichsel und von dort rechts der Weichsel nach Warschau. Diese letztere Strecke ist jetzt durch den Bau zweier neuer Linien erheblich verkürzt worden. Um den weitaus weitaus Umweg über Zombkowitz zu vermeiden, wurde die von Kraakau aus nach Radom führende Strecke nach Mieschom gebaut, die dort in die über Riske und Radom führende Linie einmündet. Und um den weiten ständigen Umweg über Demblin zu sparen, wurde eine zweite Strecke von Radom nach Warschau gebaut. Die so verkürzte Strecke Warschau—Kraakau ist insgesamt 381 km lang, die bisher kürzeste Verbindung über Schonhosau um beträgt 564 km. Die neuen Strecken sind nur einseitig ausgebaute, jedoch so angelegt, daß später ein zweites Gleis leicht hinzugefügt werden kann. Wenn die Strecke genügend eingehend sein wird, wird sich die Fahrzeit der Schnellzüge Warschau—Kraakau gegenüber dem bisherigen Zustand um eine bis anderthalb Stunden verringern. Für die auf der Strecke gelegenen Städte bedeutet diese neue Schnellzugverbindung nach Kraakau und Warschau eine wesentliche wirtschaftliche Verbesserung. Insbesondere wird das bei Radom der Fall sein, einer Stadt von 85 000 Einwohnern mit entwickelter Lederindustrie, sowie beim 3 d n h r b e i t k r i e g e r - O r t o w i e c (Metallindustrie). Warschau erhält eine zweite direkte Verbindung mit den südwestpolnischen Industriegebieten und eine erheblich kürzere Verbindung mit dem Hauptausgangsgebiet, der Tatra. Die militärische Bedeutung der neuen Bahn steht der wirtschaftlichen kaum nach. Die neue Warschau—Kraakauer Bahn ist die erste durchgehende Linie durch das sog. „Sicherheitsgebiet“ Polens, das heißt durch das Teil Polens, der von etwaigen feindlichen Angriffen am wenigsten gefährdet ist.

Das Reichserbhofgesetz und die Polen.

In der „Gazeta Polska“ vom 30. November befindet sich ein Vorkaus der Berliner Korrespondenz dieses Blattes, Kalimierz Smogorzynski, mit der Anwendung des Reichserbhofgesetzes auf die Polen in Deutschland, einer Frage, mit der sich die polnische Presse im Reich wie in Polen schon seit längerer Zeit eifrig beschäftigt. In etwa 200 Fällen, sagt Smogorzynski, ist in Westböhmen das Gesetz bereits auf deutsche Staatsbürger polnischer Nationalität angewandt worden, außerdem ist bereits am 100. Fälle. Der Bund der Polen in Deutschland habe sich am 15. Mai an den Reichspräsidenten mit einer Denkschrift gewandt, in der er den Standpunkt vertritt, daß das Gesetz sich nicht auf die polnische Minderheit beziehe; diese Minderheit ist weder „deutschen Blutes“ noch sie „Hammesgleich“. In der Denkschrift werde eine entsprechende Anordnung der Zentralbehörden gefordert; doch liege bis heute eine solche amtliche Zusage nicht vor. Der Polenbund habe ferner am 11. Juni d. J. dem Reichskanzler eine Ergänzung seiner ersten Denkschrift überbracht, in der er die Anwendung des Reichserbhofgesetzes auf die Polen als „Germanisierung“ bezeichnet. Das kommt Smogorzynski auf den einzigen Fall zu sprechen, mit dem die Polen den Versuch der „germanisierenden“ Tendenz des Gesetzes zu begründen pflegen: Der Erbhofrichter in Bohmlein habe einer Frau Wanda Pflug, der Frau eines polnischen Minderheiten gebörenden Landwirtes, ausdrücklich verlangt, daß sie ihr Kind aus der polnischen Schule nehmen und in die deutsche Schule schicken solle; denn „kein Erbhofbauer dürfe polnisch werden“. Dies sinne, bemerkt Smogorzynski, mit der Erklärung des Jahres vom 17. Mai 1933 nicht überein.

Das Vandeserbhofgericht in Celle, heißt es in dem Artikel der „Gazeta Polska“ dann weiter, habe, „ohne die grundsätzliche Regelung der Angelegenheit durch die Reichsregierung abzuwarten“, Verfügungen von Personen absteht, die der polnischen Minderheit angehören. In der „deutschen Justiz“ vom 7. September sei eine Entscheidung des Celle's Gerichtes veröffentlicht worden, und auf diesen Vorfall hätten sich seitdem die Kreisgerichte bei ihrer ultimativen Ablehnung der Verfügungen gestützt. Am 5. November d. J. habe das Vandeserbhofgericht in Celle dem Polenbund auf zwei von ihm eingelegte Berufungen geantwortet, daß es keinen Grund sehe, seine Entscheidungen zu revidieren. Smogorzynski meint, daß in dieser Frage eine grundsätzliche Entscheidung der Reichsregierung notwendig sei. Er schließt seinen Artikel mit den Worten: Obwohl das polnische und das deutsche Volk der Rasse nach gleichwertig seien, gebe es zwischen ihnen keine Rassenähnlichkeit. Die Deutschen und die Polen seien nicht Hammesgleich, und die Anwendung des Reichserbhofgesetzes auf die polnische Minderheit in Deutschland sei „eine Verletzung einer der grundlegenden Ideen des Rationalismus“. Diese Bemerkungen lassen nicht nur die

ausführliche Begründung, die das Keller Gericht für seine Stellungnahme gegeben hat, völlig unbeachtet, sondern sie wirken auch infolgedessen bald komisch, halb amöblich, als hier ein Gegner des Nationalsozialismus den Nationalsozialisten klar machen will, was Nationalsozialismus ist.

Der Friedhof in Pleschen.

Der evangelische Friedhof in Pleschen war einer der schönsten in der Provinz Posen. Nach dem Untergang ist er — wie auch mancher andere deutsche Friedhof in den abgetrennten Gebieten — nicht mehr ordnungsgemäß gepflegt worden. Die Pfahle hatten die zur Abwanderung Geringemüden die Pflege der Grabstätten ihrer Angehörigen vernachlässigt. Pastor J. Scholz in Pleschen bittet uns um die Vereinfachung folgender Mitteilung, daß ein evangelischer Friedhof in Pleschen merden bei Grabstellen, die vor dem 31. 12. 1905 belegt sind, kostenfrei, soweit sie nicht von neuem gepachtet worden. Umzuerne und Steine werden damit Eigentum der Kirchengemeinde (§ 14 der Kirchvorschrift). Ausgenommen sind die Gräber, die bisher längig gepflegt worden sind. Gräber, die nach dem 31. 12. 1905 angelegt sind, jedoch bisher nicht gepflegt wurden, werden eingeebnet. Anträge auf Erhaltung und Pflege der Gräber sind bis zum 15. Januar 1935 an den Gemeindecirkeramt Pleschen (Pleszen) zu stellen.

Oberschlesien und das Reich.

Am 1. Dezember wurde in Beuthen die Sonnenberger Spielzeugfabrik durch Reichsminister Dr. Frick eröffnet. Der Minister führte u. a. aus: „Um das ober-schlesische Industriegebiet noch näher mit dem Reich zu verbinden und wirtschaftlich zu erschließen, haben wir uns daran gemacht, durch Arbeiten auf lange Sicht die wirtschaftliche Lage Oberschlesiens zu verbessern. Ich denke dabei an den Adolf-Hitler-Kanal, für den 7 Millionen RM, ausgenommen worden sind, an die 2½ Millionen RM für die Oberleitung in Katowice und auch an die großen Mittel für die Erstellung der Staubecken Turam und Ebersdorf. Ich weiß, daß in Industriegebieten die Befestigung der Arbeitslosigkeit nicht leicht ist; trotzdem ist uns das zu einem hohen Prozentsatz in ober-schlesischen Antriebsgebiet gelungen, und wir werden diese Aufgabe auch weiterhin mit größtem Nachdruck verfolgen.“

Unzweifellos kommen besondere Verhältnisse in Oberschlesien erschwerend hinzu. Hier die Stadt Beuthen, die auf drei Seiten von der neu gezogenen Reichsgrenze umgeben ist und auch heute noch mit dem Gebiet jenseits der Grenze die Beziehungen hat, ist dafür ein besonders einflussreiches Beispiel. Ich hoffe, daß die gegenseitigen Beziehungen, die im Genfer Abkommen, dem ersten gemeinsamen deutsch-polnischen Vertrag, der sich auf Volksstammfragen bezieht, ihre rechtliche Grundlage erhalten und sich jetzt so entwickeln werden, wie es dem Geist des deutsch-polnischen Freundschaftsabkommens entspricht. Die freie eigene Entwicklung aller derjenigen deutschen Staatsangehörigen, die sich in Oberschlesien wie im ganzen Reich zum polnischen Volkstum bekennen, haben wir entsprechend den Weisungen unseres Führers zu den Volksstammfragen sichergestellt. Wir hoffen zuversichtlich, daß auf diesem Gebiet gerade in Polnisch-Oberschlesien entsprechende Schritte der anderen Seite folgen werden. Denn genau wie Polen sich für seine Volksgenossen in der ganzen Welt und besonders in benachbarten Deutschland interessiert, werden wir auch niemals aufhören, uns für unsere deutschen Volksgenossen im Nachbarland Polen einzusetzen.

Beide Völker, die so stark aufeinander angewiesen sind, haben heute in der Arbeit für den Wiederaufbau und für die Erfüllung des Friedens starke gemeinsame Interessen. Gerade Oberschlesien mit seinem dichten Industriegebiet wird nur in fröhlicher Arbeit zu neuem Wohlstand aufsteigen können. Die Bevölkerung, die nach ihrem Bekenntnis, ihrer kulturellen Entwicklung und ihrer Siedlungsgebiete zum deutschen Volkstum gehört, wird es mit uns beider Menschennatur auf, das Deutschland und das polnische. Die Aufzucht einer deutschen Industrie in Wohlstand mehr ohne den Zutritt besten deutschen Blutes aus dem Osten nicht möglich gewesen.

Heute denken wir über diese Industrialisierung anders als früher. Heute wissen wir, daß nicht die Industrie an sich, nicht die Wirtschaft an der Spitze des Denkens und Handelns stehen darf, sondern der deutsche Mensch. Heute wissen wir, daß es falsch war, die besten Kräfte aus dem Osten wegzuholen, und darum gilt es heute, wieder Osten aus seiner eigenen Lebenskraft heraus weiter zu entwickeln und ihm darüber hinaus die jahrzehntelange entzogenen Kräfte vom Kerngebiet des Reiches aus wieder zuzuführen.

Welcher Bräuder seiner Axt entsehen.

Der Führer hat den Gauleiter von Schlesien, Helmuth Brückner, wegen parteischädigenden Verhaltens seiner Stellung als Gauleiter entbunden und aus der Partei ausgeschlossen. Der preussische Ministerpräsident Göring hat den Oberpräsidenten von Schlesien und preussischen Staatsrat Brückner seiner sämtlichen staatlichen Ämter und Funktionen entbunden.

Der Führer hat den Gauleiter des Gaues Westfalen-Süd, Josef Wagner-Bochum, kommissarisch mit der Führung des Gaues Schlesien der NSDAP betraut. An der Leitung des Gaues Westfalen-Süd wird hierdurch kein Wechsel eintreten. Dr. Josef Wagner wurde am 12. Januar 1935 in die Führerschaft in Wehringen als 5. Sohn eines Bergmannes geboren. Nach abgeschlossener Lehrerausbildung er 1917 ins Heer einberufen. Im Frühjahr 1918 kam er schwer verletzt in französische Gefangenenschaft. Nach fünfjährigem Hafturlaub kehrte er im Jahre 1919 nach Deutschland zurück. Bereits 1922 wurde Josef Wagner Vorkämpfer der NSDAP im Ruhrgebiet. Es gelang ihm in dieser Hochburg des Marxismus, gerade den schaffenden deutschen Menschen frühzeitig für die NSDAP zu gewinnen. 1928 wurde Wagner in den Reichstag gewählt. Im gleichen Jahre wurde er zum Führer zum Gauleiter Westfalens ernannt. Die gemäßigten Fortschritte der NSDAP gerade in diesem Gebiet führten zu einer Colloquie des Gauleiters. Seitdem ist Josef Wagner Führer von Westfalen-Süd.

Personalveränderungen in Danzig.

Der bisherige Adjutant des Danziger Gauleiters, Obersturmführer Dr. Straußmann, ist in den Einsatzdienst übernommen worden und hat dort die Personalabteilung zu leiten. Reg.-Rat Dr. Krüger, der in der Personalabteilung des Senats arbeitet, ist mit sofortiger Wirkung beurlaubt worden. Der Gauleiter hat mit Wirkung vom 3. Dezember den ehemaligen Präsesreferenten des Senats, Streiter, aus der NSDAP ausgeschlossen. Streiter wurde verhaftet.

Madonen 85 Jahre.

Am 6. Dezember wurde Generalfeldmarschall v. Madonen 85 Jahre alt. 1869 war Madonen als Einjähriger in das 2. Leibhusaren-Regiment eingetretet. Im Juli 1870 rückte er gegen Frankreich ins Feld. Durch hervorragende Dautrouillierleistungen er als Bismarckmeister die Aufmerksamkeit seines Divisionskommandeurs, des Prinzen Albrecht, auf sich. 1891 wurde Madonen Adjutant des Grafen Schlieffen, Chefs des Generalstabes. An dieser Stellung trat er auch dem jugendlichen Kaiser nach. 1893 wurde er Kommandeur des 1. Leibhusaren-Regiments in Danzig, 1895 Flügeladjutant des Kaisers. Dann folgte die Ernennung zum Kommandeur der Westfalen-Brigade und 1905 zum Kommandeur der 36. Division in Danzig. 1908 wurde er General der Kavallerie und Kommandierender General des XVII. Armeekorps. 1914 rückte Madonen an der Spitze seines Korps im Verbände der 8. Armee in den Weltkrieg. In den Schlachten bei Gumbinnen und bei Tannenberg, in der Winterfchlacht in Majun und beim Durchbruch bei Prasnyj schlug sich Madonen mit seinen Truppen hervorragend. Seinen Ruf als einer der hervorragendsten Feldherren des großen Krieges aber hat er sich in Salzien, im südlichen Polen und in den Balkanländern erworben. Auf der österreichischen Front von den Karpatenpässen bis zur Bukowina lag der Ruf mit angeordnetem Druck. Madonen sollte das Stellungslinien durchbrechen und sollte den Stach zwischen Cornow und Gorlice an. Am 2. Mai 1915 wurden die russischen Besatzungen überannt und die feindliche Front in 16 Kilometer Breite gespalten. Am 6. Mai folgten die siegreichen Truppen Madonens in 160 Kilometer Breite den weichenen Rassen, bis sie die Höhe von Drest-Vionok erreicht hatten. Das war der größte Durchbruch des Weltkrieges — Im Oktober 1915 zog Madonen nach Serbien, überschritt mit deutschen und österreichischen Truppen die Drina, Save und Donau, warf die Serben südwärts und schlug sie auf dem bifurkanten Marsche. Anfang 1916 war Madonen's weitere Siegeszug beendet. — Als im Herbst 1916 die Rumänen in Siebenbürgen einfielen, nahm Madonen die Besatzungen von Entkoken und warf die rumänisch-russische Armee durch die Dobruddja bis zu den Donaumündungen zurück. Dann ruffte er seine Truppen bei Siften zusammen, überschritt mit seiner „Donau-Armee“ überraschend den Fluß, grann rechtzeitig Anstich an die durch die Walachei vorgobende 9. Armeee Falkenhayns und stand bald als Sieger in Bukarest. — Beim Zusammenbruch im Herbst 1918 behütete er zwar seine Truppen vor der Internierung, wurde aber selbst von der revolutionären Regierung Ungarns festgenommen und französischer Willkür überliefert, die ihn bis November 1919 in Saloniki festhielt.

Sausündungen in Kauen.

Die litauische Geheimpolizei hat in der Nacht zum 4. Dezember in Kauen bei 400 Deutschen, die dem Vorstand des Deutschen Kulturverbands angehören, eine Sausündung im nahebesten, Hausdurchsuchungen vorgenommen. Die Hausdurchsuchungen dauerten bei den einzelnen Personen bis zu fünf Stunden. Durchgeführt wurden u. a. die Privatwohnungen der stellvertretenden Vorsitzenden des Kulturverbandes sowie der beiden Geschäftsführer. Die Geschäftsräume des Verbandes wurden von der Durchsuchung verschont.

Die schönsten Mädchen.

Der Amerikaner Dr. Frederic A. Jaff, „ein begabter Spezialist für Dermatologie“, hat gesagt, „daß unter den Mädchen aller Völker der Welt die litauischen Mädchen die schönsten sind“. Mit dieser erfreulichen Feststellung wußten am 20. November der klerikale „Litua“ seine Leser zu überraschen. Es mag für die Öffentlichkeit rituas immerhin eine tröstliche Gewißheit sein, schöne Mädchen im Lande zu haben, eine Gewißheit, die bei osteilich verselben läßt, daß die Männer im Lande minderwertige Politiker sind.

Nordöstliche Streiflichter.

Die Schwedische Abkammung.

Es scheint mit dem Stolz auf die ethnische Abkammung doch nicht so weit her zu sein, wie man in den amtlichen Kreisen Norwals anzugeben beliebt. Es ist eine trotz allem nationalen Chauvinismus noch recht weit verbreitete Erscheinung, daß die Eltern sich um den Namen ihres Kindes bemühen, und da man heute in Island bei der hohen Oberricht nicht gut angefragt ist, wenn man es mit den Deutschen hält, macht man sich eben, um etwas Besseres zu sein, anderswo einen geeigneten und dabei politisch ungefährlichen Stammort aus. So kommt es, daß — wie in Polen jeder gern mit seiner obligen Verkommenheit renommieren — in Island heute die Schwedische Abkammung & Crumpfl ist. Das Norweger Blatt „Post-Tidning“ gliedert diese für das Element nicht eben rühmliche Erscheinung in einem halb ironischen, halb ärgerlichen Artikel; es schreibt darin u. a.: „Wenn man einen Gelehrten fragt, von wem das ethnische Volk abkamm, so antwortet er: vom finnisch-ugrischen Urvolk.“ Wenn man aus dieser finnisch-ugrischen Zeit, sondern aus der Schwedenzeit zu kommen. Diese Schwedische Abkammung wird ungefähr so dargestellt: Als einmal zur Schwedenzeit unter Land öde und verlassen war, so daß man zwischen Varna und Pesthur weder das Wellen eines Hundes, das Krähen eines Hahnes noch das Bliken eines Schafes hören konnte, damals sei hierher in das öde Land ein Schwedischer Solbat gekommen. Er nahm sich hier ein Weib, wie kein sich ein Weib im Lande Tod nahm. Der Nachkomme dieses Schweden ist jetzt wenigstens das grösste Ethn. Und wenn es auch Schweden für sein Schwedische Abkammung haben will, der Forschungs-Institution eine bestimmte Summe zahlen, worauf sie ihm Dokumente über die Schwedische Abkammung besorgt. Je mehr jemand zahlen kann, um so reiner wird seine Schwedische Abkammung, von einem um so wertvolleren Schwedischen Stamm kann er sich ableiten.“

Eine baltische Silminidurie.

Ein gewisser Juozas Sakocovas, von dem der „Lituanos Aidai“ meint, daß er nicht nur ein garantierter Citauer sei, sondern auch in der deutschen Silminidurie „eine bedeutende Rolle“ gespielt habe, hat sich in diesem Blatt mit der Möglichkeit einer eigenen Silminidurie in den baltischen Ländern befaßt. Für Litauen allein, das nur 75 Rinos mit zusammen 25 000 Wäßen besitze, komme eine eigene Silminidurie allerdings nicht in Frage. Doch wäre es durchaus möglich, litauische Silme zu drehen und später andere Sprachen, die ethnische und die lettische, hineinzukopieren, so daß die Silme in allen drei baltischen Staaten gejeigt werden könnten. „Es kann also alles Ernstes“, meint Sakocovas, „an die Schaffung eines Silmetellers in einer baltischen Stadt, die dafür die günstigsten Bedingungen aufweist, herangegangen werden.“ Litauische und ethnische Spielfilms gibt es bisher noch nicht. Der erste lettische Spielfilm „Der Sohn des Volkes“ wurde kürzlich mit großem Pomp uraufgeführt. Allerdings hat man zu seiner Herstellung Schwedische Silmeteller in Anspruch nehmen müssen. Das fremdproletische Silme mit hineinkopierten Texten nur ein schlechter Arbeit ist, das wird Sakocovas, nachdem er, wohl selbst teilgehabt haben. Ohne beträchtliche Ausgaben & Aufschüsse wird eine Silminidurie kaum auskommen können, selbst wenn sie für die drei baltischen Staaten mit ihren zusammen 5—6 Millionen Einwohnern zu gleicher Zeit arbeiten würde. Und wenn Sakocovas meint, die 4% Mill. Lit, die die drei Staaten jährlich für Silme aus Ausland geben, würden bei der Errichtung eines eigenen Silmetellers im Lande bleiben, dann hat er wohl auch übersehen, daß man mit zwei oder auch vier oder gar zehn Silmen kein Jahresprogramm ausfüllen kann und daß selbst Länder mit einer stark ausgebildeten und vielfältigen Silminproduktion die Einfuhr ausländischer Silme nicht entbehren können. Der Wunsch der lituanischen Silme eine solche Silminidurie zu besitzen, ist verständlich. Aber ein Gehalt ist eine solche Silminidurie für diese Länder sicherlich nicht — sonst hätten sich die Juden schon längst darum gekümmert.

Jgnas Schein — ein Stern am litauischen Literaturhimmel.

Der Jgnas Schein, der sich Jgnas Seniusus schreibt, seitdem er Citauer geworden ist, hat einen „Roman“ geschrieben: „Siegfried Immerderselbe verjüngt sich“. Das offizielle litauische Regierungsblatt bringt eine ausführliche Vorrede dieses jüdischen Weltstaproduktes. Der „Lituanos Aidai“ ist davon reflexlos begeistert. Das ist kein Lob für Jgnas Schein, der heute Seniusus

heißt, sondern ein geistiges Armetzeugnis für dieses „führende“ Blatt. Es ist wohl am besten, die Angaben über den Inhalt des Romans, die das Regierungsorgan macht, für sich selbst sprechen zu lassen. Ein weiterer Kommentar über das Niveau der litauischen Literatur erübrigt sich dann:

„Es ist eine Synthese aus der Theorie des Woronow und der der Anhänger der Raffenerthe der letzten Jahre. Siegfried Immerderselbe ist ein nationalsozialistischer Denker, ein Vertreter der Raffenerthe, der Direktor eines anthropologischen Museums. Er stellt den reinen arischen Rassepuls fest, er ist der Schöpfer des Lapus eines deutsch-arischen Urvormenschen. Er war während des Weltkrieges ein Hauptmann. Immerderselbe ist ein Draufhauer, ein Blutes, ein Militär, ein Vertreter der Bodenpolitik, ein unantworbener Verkünder der Raffenerthe des Dritten Reiches. Er war ganz von der Raffenerthe der Anthropologie und der Mulemarrarbeit gefangen, so daß er sich überarbeitete. Seine Kräfte verfliegen, er wird schwach, und sein Gedächtnis wird schlecht. Er vergißt sogar, wie der deutsche Führer heißt. Das ist Gehirn- und Gedächtnisatrophie. Daran leidet Immerderselbe. Ein hartes Verußland braucht starke Männer, so sinniert Immerderselbe. Deshalb beschließt er, sich verjüngen zu lassen. Er bekommt Urlaub und geht nach Italien, nach Gerdone, in Professore Gonzagos Verjüngungsanstalt. Immerderselbe, der nach dem neuen Verfahren des Petrus Anketonius, eines litauischen Assistenten, verjüngt. Am werden die Hormone einer Jüdin, der Jüdischen Alphon, eingespritzt, und Immerderselbe wird nach seiner Verjüngung zum Juden. Er denkt wie ein Jude und benimmt sich wie ein Jude. Er findet Gefallen daran, Geld zu sparen, er kümmert sich um Bankangelegenheiten, er fühlt in sich den Geist des Messianismus, er wird neu an Leib und Seele, wird ein echter Jude. Er liebt auch den Militarismus nicht mehr, die alte nationalsozialistische Boden-ideologie schiebt in ihm ab. Es entsteht bei ihm eine neue übermäßig ideologische, die auf Humanität begründet ist. Nach seiner Meinung findet sich neben der aufbauenden Kraft immer auch eine niederbringende. Eine niederbringende Kraft ist der Rationalismus. Er ist das Werk Mephistos, gegen das jeder Mensch zu kämpfen hat. Immerderselbe schreibt ein neues Buch: „Die Grundlagen einer neuen Menschheit“. Er geht in seiner neuen Odologie, die ihm einen Namen von Waltur als Schöpfer eines neuen Sunamentes für die Menschheit eintragen soll, von der Idee des Menschentums aus. Zur Deutschen die Symmet, das Bürgerrecht und verbietet ihm die Rückkehr in Messianismus.“ Der Rezensent meint zum Schluß, der Schein, der sich Seniusus nennt, habe die „eine gleichwürdige, eine: erst den Germanen an Leib und Seele, der sogar jüdisch schmeckt, dann den volksbürtigen Juden, der sogar jüdisch träumt.“ Armes Citauen!

Die Zusammenarbeit der Randstaaten.

Vom 30. November bis zum 2. Dezember tagte in Norval zum ersten Mal auf Grund des Rigoer Dekretes die Außenministerkonferenz der baltischen Staaten. An der amtlichen Mitteilung hierüber heißt es:

„Nach einer Erörterung der allgemeinen politischen Situation erkannte die Konferenz einmütig an, daß gewisse Elemente und Tendenzen dieser Tage die befürchtete Anstößigkeit der Regierungen der drei Staaten erfordern und daß die Sicherung des Friedens unverzüglich in übereinstimmender Weise, im Zusammenhang mit den anderen Staaten, fortgesetzt werden müsse. Das gleiche gilt von der Arbeit an der Verstärkung der Sicherheit in dem Teil Europas, zu dem die Mitglieder der Baltischen Entente gehören.“

Die Konferenz beschloß noch neuem, die Treue der baltischen Staaten zum Völkerbundpakt zu bezeugen und in noch intensiverer Weise an der ganzen Tätigkeit dieses Friedensinstituts teilzunehmen. Die drei Staaten bestätigen von neuem ihr wohlwollendes Verhalten gegenüber dem Vaktprojekt zur gegenseitigen Hilfeleistung im Osten. Man kann auch sagen, das Projekt als gemeinsame Frage zu betrachten und sein in gleicher Weise für alle drei Staaten wichtig und in der sie in übereinstimmung handeln werden.

Auf dem Gebiete der baltischen Politik beschloß die Konferenz, energisch die Konfolidierung der Bindungen fortzusetzen, die zwischen den drei Staaten mit dem Entente- und Zusammenarbeitsverträge geschlossen wurden, wofür am 12. September 1934 unterzeichnet wurde. So kam man überein, eine gemeinsame Vertretung der drei Staaten in den Organen des Völkerbundes und auf den internationalen Konferenzen zu organisieren, auf der nächsten Konferenz ein Vertragsprojekt über die freundschaftliche Beistandung auszuarbeiten, welche zwischen ihnen entstehen können, und am gleichen Tage die entsprechenden diplomatischen und konsularischen Vertretungen für ihre diplomatische im Hinblick darauf anzunehmen, daß ihre Tätigkeit in übereinstimmung zu bringen sei. Die nächste Außenministerkonferenz findet im Rahmen im April oder Mai des Jahres 1935 statt.“

Szczeponik gegen Pant.

Die Erregung der Deutschen in Polen, die sich von der Feindschaft des Senators Dr. Pant gegen das neue Deutschland angedeutet fühlen, hat an Dr. Pant bis zu je fertig gebracht, sich in seinem Wut, das sich unüberhörbar erhob. Der Deutsche in Polen" nennt den 1927 verstorbenen Führer der katholischen Deutschen Ostoberschlesiens, Schulrat Thomas Szczeponik, als seinen geliebten Kronzeugen zu nennen und zu behaupten, daß dieser sich heute, wenn er noch lebte, mit besterben Schärfe wie er, Dr. Pant, gegen den Nationalsozialismus aussprechen würde. Wegen dieser gemeinen Mißbrauch des Namens eines verdienten deutschen Mannes, der seine katholische Weltanschauung niemals höher als seine Zugehörigkeit zum deutschen Volkstum bewertete hat, haben jetzt in „Oberösterreichs Kurier“ die Söhne des Verstorbenen, Dr. m. d. h. Hans und Walter Szczeponik, in ihren Worten Eingang gefunden. In dem ersten dieser Artikel eine scharfe und mobilisierende Abfuhr hier. Es heißt darin u. a.:

„Wir können Sie, Herr Doktor, angesichts der Tatsache, daß die politischen Verhältnisse in Deutschland gegenüber denen des Jahres 1927 — seines Lebensjahres — eine so grundlegende Veränderung erfahren haben, unserem Vater eine Ansicht unterstellen und ein Urteil in dem Mund legen, aus dem man eine völlige Übereinstimmung mit Ihren eigenen Ansichten schließen müßte? Sie behaupten, ganz in seinem Geiste und in völliger Übereinstimmung mit ihm sein Werk fortzuführen! Die Tatsachen geben Ihnen aber nicht recht, Herr Dr. Pant! Mühen wir Sie erst noch daran erinnern, daß bereits vor acht Jahren in einem Interview mit dem Vater die nationalsozialistische Meinungsverschiedenheiten bestanden haben, die sogar so weit gingen, daß unser Vater allen Ernstes von seinem Amte zurücktreten wollte, um Ihrem Integritätsspiel gegen ihn ein Ende zu machen? Wenn Sie, Herr Doktor, von seinem Geiste so durchdrungen wären, wie Sie es behaupten, dann dürften Sie sich nicht nur als den Hüter der katholischen Botschaft bezeichnen, sondern auch als den Hort des nationalen Deutschtums; denn Sie vergessen, daß unser Vater ein ebenso guter Deutscher wie Katholik gewesen ist. . . . Glauben Sie wirklich, daß unser solchen Manne die nationale Erneuerung Deutschlands so wunderbar gefallen wäre? Glauben Sie wirklich, daß ein solcher Mann sich von seinem Vaterlande und seinem Volke losgelöst hätte, selbst wenn er Grund gehabt haben sollte, seinen Katholizismus gegen neuere Strömungen auf religiösem Gebiete — wie Sie in Zeiten der Umwälzung immer in Erscheinung treten — zu verteidigen? Glauben Sie wirklich, daß er aus diesem Grunde sein deutsches Volk, zu dem er sich mit Stolz zählte, mit Schmach bemordet hätte, so wie Sie es tun? Glauben Sie wirklich, daß er

deshalb mit Haß und Wut sein deutsches Vaterland verunglückigt hätte, so wie Sie es tun? Denn das hätte er doch tun müssen, wenn Sie behaupten, ganz in seinem Geiste zu handeln. Nein, Herr Doktor. Sie sitzen mit einer solchen Behauptung nur, daß Sie nicht genug von seinem Geiste herab haben! Was ihm die Ehre Deutschlands galt, hat er damals in den schwersten Zeiten des deutschen Volkes — nach dem verlorenen großen Kriege — gezeigt, als er in der Nationalversammlung trotz gegenteiliger Einstellung der damaligen Zentrumspartei in voller Erkenntnis der Folgen seines Handelns gegen die Annahme des Friedensvertrages stimmte. Glauben Sie, Herr Doktor, daß ein solcher Mensch läbig gewesen wäre, Verrat an seinem Volke zu üben? Glauben Sie, daß ein solcher Mensch das ganze Deutschland, sein Vaterland, so geschändet hätte, so wie Sie es tun? Schämte sich das ganze Vaterland über die katholischen Deutschen, der — bei völliger Wahrung seines katholischen Bekenntnisses — nicht jederzeit bereit wäre, auch zu seinem Volke zu halten!

Welchen Datums ist denn eigentlich Ihre Erkenntnis von der völligen Übereinstimmung mit unserem Vater in allen Dingen? Hielten Sie jetzt erst die Zeit für gekommen, sich seiner zu erinnern, wo Sie seinen Namen brauchen, um mit ihm eigene Propaganda für sich selbst zu machen? Das ist bezweifellos irreführend, Herr Doktor! Mühen wir es Ihnen erst ins Gedächtnis zurückrufen, daß Sie schon zu Beginn seines Vaters nach dem Tode dessen, den Sie nicht mehr vorzuziehen, um sich selbst an seine Stelle zu setzen und alle Macht in Ihren Händen zu vereinigen? Mühen wir Sie erst an seine Worte erinnern, die er Ihnen, da er Ihr Spiel durchschaute, zurief: „Pant, was hast du gegen mich, wenn du willst, daß ich zurücktreten soll, dann tue ich es!“ Waren es nicht schon damals Ihre Selbstüberheblichkeit und Machtgier, denen Sie jetzt mit aller Gewalt zum Siege verhelfen wollen? . . . Haben Sie es jemals erlebt, Herr Dr. Pant, daß unser Vater gegen seine politischen Gegner dieselben Kampfmittel oder auch nur ähnliche anwandte, wie Sie es zu tun belien und auch nur minderen bilden? Haben Sie das auch noch jemals gelernt, politische Gegner nach dem bekantesten Spruch „Der Zweck heiligt die Mittel“ durch ihre übertriebene Bemühungen in der Öffentlichkeit herabzusetzen? Sie bringen das persönliche Ansehen unseres Vaters in Mißacht! Wir verbiten es uns daher für die Zukunft, Herr Doktor, das Ansehen unseres Vaters und unseren Namen zu Eigenföhreileien zu mißbrauchen, und geben Ihnen den Rat, auch weiterhin ohne ihn auszukommen, wie Sie das ja von jeher erstritten!“ Dem ist nichts hinzuzufügen.

Poltsische Wissenschaft in Polen.

Vor kurzem fand eine außerordentliche Generalversammlung des Baltischen Instituts in Thorn statt, über die dort gefassten Beschlüsse sind nicht ganz durchsichtig, aber die dort ausgesprochenen Notizen in der polnischen Presse erforschen. Die „Gazeta Polska“ hat in ihrem Bericht besonders hervor, daß in das Kuratorium des Baltischen Instituts der Wojewode von Pommern als Vertreter der Regierung eingetreten ist. „Auf diese Weise“, hieß es weiter, „wurde die Tätigkeit des wissenschaftlichen Instituts mit den Staatsbehörden enger verknüpft, deren Aufgabe es ist, über die Arbeit des Instituts zu wachen“. Man scheint aber auf polnischer Seite sehr bald auf den Gedanken gekommen zu sein, daß es vielleicht doch nicht meckwürdig ist, die enge Verbindung des Instituts mit der Regierung allzu deutlich nach außen hin zu zeigen, da es die Reputation des Instituts, wenn es seine aggressive und gar oft offene wissenschaftliche Tendenz nicht gründlich ändern sollte, eine erhebliche Verringerung der direkt dafür verantwortlichen Regierung darstellen würde. Wohl aus diesem Grunde wurde in der „Gazeta Polska“ eine weitere Notiz veröffentlicht, durch die die Herabsetzung der Verbindung zwischen Regierung und Institut wieder etwas abgeschwächt werden sollte. In der „Richtstellung“ heißt es: In der von der „Gazeta Polska“ zunächst gebrauchten Notiz sei der Inhalt der Satzung des Instituts falsch ausgelegt worden. Die Dinge liegen so, daß der Wojewode von Pommern bei der Gründung des Instituts zum Kuratorium gehörte und daß in dieser Hinsicht das neue beschlossene Statut keinerlei tatsächliche Änderungen enthält, am allerwenigsten in der Richtung einer enger Verbindung der Tätigkeit des Instituts mit den Staatsbehörden“. Ganz im Gegenteil werde in einer Reihe von neuen Paragraphen die völlige Autonomie der wissenschaftlichen Kommissionen gewährleistet.

*

Im vorigen Jahre hat das Baltische Institut in Thorn ein Gegenstück im schlesischen Institut in Katowice erhalten. Im polnischen wissenschaftlichen Leben Ostoberschlesiens, das ganz auf eine polnische Note abgestellt ist, ist die neue Institut eine bedeutende Rolle zu spielen berufen. Die Anregung zu seiner Gründung ging vom Wojewoden Grogynski aus, dessen „sanfter Gewalt“ es un schwer gelungen ist, dem Institut seine wirtschaftliche Grundlage zu sichern. Die Gelbgeber sind in einem Verein zusammengeschlossen, dem 65 ordentliche und 41 fördernde Mitglieder angehören; von den letzteren sind 9 Selbstverwaltungskörperchaften,

4 Berufsverbände, 6 Wirtschaftsinstitute, 22 Handels- und Industriegesellschaften. Außer diesen Mitgliedern wird das Institut auch durch die Schließung eines schlesischen Handelskammerangehörigen unterstützt. Dieser hat im laufenden Jahre 24 000 Taler zur Verfügung gestellt. Das Institut wird von einem Vorstand unter dem Vorsitz des ehemaligen Handelsministers und jetzigen Generaldirektors der Stickstoffwerke in Moscie, Kwiatkowski, geleitet. Die Aufsicht über das Institut führt ein Kuratorium, das aus dem Katowitzer Wojewoden Grogynski, dem Seimarschall Wolny und dem Generalsekretär der Krakauer Akademie der Wissenschaften, Prof. Stanislaw Kutrzeba besteht. Der Geschäftsführer des Instituts ist Herr Reinhold Putman, der vorher in gleicher Eigenschaft am Baltischen Institut in Thorn tätig war.

Einige Bemerkungen über das Arbeitsprogramm des Instituts. Ihm obliegt die Organisation der wissenschaftlichen Arbeit über schlesische Fragen, die Werbung, Vertiefung und Verbreitung des Interesses für schlesische Fragen im Inlande wie auch die Verbreitung von Kenntnissen darüber im Auslande. Die Zusammenarbeit mit anderen ähnlichen Einrichtungen, wie dem Baltischen Institut in Thorn, dem Institut zur Erforschung der Nationalitätenfragen in Warschau, dem Weltverband (früheren Weltmarkenverein) und anderen ist vorgesehen. Eine Reihe von Veröffentlichungen ist bereits in Vorbereitung. Als solche werden genannt: eine Untersuchung über die polnische Forschung über Schlesien; das Gesetz, Abkommen und seine Durchführung; die Erwerbungen des polnischen Staates in Schlesien, Monographie über das „Oppelner Schlesien“; die landwirtschaftlichen Verhältnisse Schlesiens; Monographie über die schlesische Wirtschaft; demographische Probleme Schlesiens; Geschichte der nationalen Bewegung in Schlesien; Lebensläufe von Schlesiern; Bibliothek schlesischer Schriftsteller. Weiter sollen demnächst erscheinen statistische Materialien über Schlesien und eine Karte der Wojewodschaft Schlesien. Für die Bearbeitung der Rechtsverhältnisse in der Wojewodschaft Schlesien ist eine Kommission eingesetzt worden. Zu den sonstigen Aufgaben des schlesischen Instituts gehört die Organisation wissenschaftlicher Vorträge und Rundfunkdarbietungen über schlesische Angelegenheiten. Auch mit ausländischen wissenschaftlichen Einrichtungen soll Verbindung genommen werden. Neben den größeren wissenschaftlichen Veröffentlichungen verstand das Institut kürzere Aufsätze an die „Presse“. Von diesen sind im Laufe des Jahres eine Anzahl

Die Entwicklung des Danziger Theaters.

Wer nach Danzig kommt, dem fällt im Mittelpunkt der Stadt auf dem Kohlenmarke, auf dem ich auch das architektonisch berühmte alte Zeughaus und im Hintergrunde der Stocktur befindet, der Umbau, man kann wohl sagen Neubau des Staatstheaters auf. Die „Kaffeebühne“, wie es bei seiner überreichen Form mit der Kuppel darauf im Volksmunde genannt wurde, erfährt eine völlige Umwandlung und bedeutende Vergrößerung. Uefer Georgang lenkt den Blick

auf die Entwicklung des Danziger Theaters überhaupt. Die alte alte Bühne war ein wenigstens ein Vollmerk deutsches Kulturmerkmal im Osten zu sein, fast völlig beseitigt. Und so hatte sie in ihren Mauern schon vor Jahrhunderten den dramatischen Künsten eine würdige Stätte gewährt. Schon in der Mitte des 16. Jahrhunderts fanden neben theatralischen, weltlichen Vorstellungen, den Juchtschauspielen und Tüngen der Handwerkerkünste, Aufführungen von Schulkomödien statt, vorerst in lateinischer Sprache. Anfangs des 17. Jahrhunderts finden wir die ersten Berufsschauspieler in Danzig, und zwar englische Komödianten. Deutsche Schauspieler traten in der Bretterbude der „Fischbude“ am Domkloster erstmalig auf, als König Johann Kasimir von Polen 1651 in Danzig weilte. In der mittleren Hälfte des 18. Jahrhunderts lebte die dramatische Kunst auch in Danzig, wie überall im Deutschen Reiche, einen großen Aufschwung. Zur der Theaterbau des Komödiantenbaues, das 1774 die alte Bretterbude abgelöst hatte, genügte nicht mehr. Auf Anregung eines Danziger Großkaufmannes, Johann Jacob Kabrun, ging man 1798 an den Plan zu einem ständigen, der Stadt Danzig würdigen Theatergebäude. Die finanziellen Mittel wurden durch eine Aktiengesellschaft beschafft, und am 3. August 1801 konnte das neue Haus zur Feier des Geburtstages des Königs Friedrich Wilhelm III. feierlich mit dem Schauspieler „Friedrich von Silius“ eröffnet werden. In 133 Jahre sind seitdem vergangen, und bis zu diesem Frühjahr waren die gleiche Stätte, in ihren Einrichtungen völlig veraltet und unzulänglich geworden, der Muffe Chalia. Hunderte deutscher Schauspieler und Sänger kamen und gingen in der Zeit, und über 20 Direktoren führten mit mehr oder weniger Glück die Zügel. Jura-Jel der ersten Direktoren des neuen Hauses, Jean Bachmann (1801-1810) und Daniel Hiray (1810-1819), als Danzig als Freistaat unter französischer Oberhoheit stand, erlebte die Bühne ihre erste Blüte. Weiterwärtige Vorkämpfer, wie Heinrich Anschütz und Karl P. R. Schreier, wurden des höchsten Ruhmes theaters, traten auf. Auch unter der nachfolgenden „Direktion Schreier“ (1820-1831) behielt das Danziger Theater sein hohes künstlerisches Niveau. Unter Friedrich Genée, der bis 1855 die Bühne leitete, zählte Danzig zu den allerbesten Provinztheatern Preußens. Weiter wirkten in der Zeit als Direktoren bis 1900 in der Hauptsache Theodor P'Arronge, Georg Lang, der spätere Leiter des Münchener Sängerkreis-Theaters, Wanno Stolzenberg, ein vorbildlicher Sänger und Gesangspädagoge, und Heinrich Köpf. Für eine Anzahl berücht gemordeter Theaterkräfte war Danzig ihre erste Wirkungsstätte, und vielen noch heute lebenden und wirkenden Vorkämpfern werden die letzten drei Direktorentheaterdirektoren: Oswald Somade (1900-1906), Kurt Grünner (1907-1916) und Rudolf Schaper in bester Erinnerung sein.

„Bis zur Gründung des Freistaates war das Gebäude Eigentum

des Königlich Preussischen Fiskus. Im Jahre 1814 hatte nämlich König Friedrich Wilhelm III. bei der Versteigerung des Theaters das Gebäude für 12.000 Gulden erstanden, um dem Danziger Publikum die Möglichkeit von Schauspielaufführungen zu erhalten. Das Theater wurde seitdem jeweils verpachtet. In den letzten Jahren hatte die Stadtgemeinde Danzig unter Übernahme Schoppers als Intendant (später mit dem Titel Generalintendant) die Bühne in eigener Regie geführt, mit der Spielzeit 1930/31 aber einen starken Abbau des Personals beschlossen und die große Oper völlig fortfallen lassen. Schaper übernahm erst im Sommer 1916 bis 1931 das Theater geleitet hatte) als Generalintendant wurde Hans W. nach. Im Jahre 1931 im Sommer 1933, nachdem der nationalsozialistische Senat aus Ruder gekommen war, der Generalintendant des Theaters Erich Orthmann in der Generalintendant ab, der daneben als Staatskapellmeister der erste Dirigent der Oper blieb.

Mit der Übernahme der Regierung durch den Nationalsozialismus wurde durch Senatsbeschluss das Danziger Stadttheater in ein Staatstheater umgewandelt und ihm seine Stellung als einer der stärksten Faktoren im Kampfe für deutsche Art und Kultur voll wieder gegeben. Nicht nur, daß die große Oper wieder hergestellt, Orchester, Chor und Singschulen Personal bedeutend vergrößert wurden, es wurde auch der Spielbetrieb auf den ganzen Freistaat ausgedehnt. In Form einer Art Wanderbühne bespielt in erster Linie das Schauspielpersonal des Staatstheaters selbst die kleinsten Ortschaften des Freistaates, um überall das Interesse und die Liebe für die deutsche Kunst zu pflegen. Dem Bedürfnis entsprechend werden natürlich die Städte des Freistaates, wie Joppo und Eigenhof, und ebenso das ostpreussische Marienburg besonders berücksichtigt.

Engle Verbundenheit aller Volksgenossen mit dem Theater als Pflichtenstätte deutscher Kunst und deutschen Kulturlebens, das ist das Ziel, das sich das Danziger Staatstheater gesetzt hat, wobei die besten Kräfte des Spielbetriebs eine bis dahin in Danzig nicht gekannte Vielseitigkeit. Der Spielplan ging von dem Bekannten aus, allen Kreisen des Volkes etwas zu bieten, ohne unkünstlerliche Konzeptionen zu machen. Von artistischen Experimenten hielt er sich ebenso fern wie von Kassenklagen. Durch Erweiterung des Personals, günstige Kassenverhältnisse und sorgsame Probenarbeit wurde jede Aufführung zu einem Erfolg. Daß man den klassischen Werken in Schauspiel und Musik ganz besondere Pflege anzuwenden lieb und liebt, versteht sich von selbst. Der neue Spielplan 1934/35 lehnt sich ebenfalls auf. Klassische Meisterwerke unserer Nationaldichtung, Schiller und Goethe, sind auch Schakspears sind wieder vorgefunden. Händel, Mozart, Humperdinck, Verding, Gluck wird u. a. die Oper bieten. Daneben ist der leichten Muffe in Schauspiel und Operette ein genügendes Feld eingeräumt. Selbst an guten Uraufführungen wird es, wie im vorigen Jahre, nicht fehlen. Erstmals ist zumal auch die Darbietung von großen klassischen Sinfoniekonzerten im Staatstheater unter Leitung Orthmanns. Kurzum, alles geschieht, um Danzigs Theater als vollwertiger Kunststätte von Bedeutung den ihm gebührenden Platz im Volks- und Kulturleben zu gewinnen. Es soll, um ein Wort des Kulturministers Boeck zu gebrauchen, ein erstes Volkstheater sein, das Dichter, Schauspieler, Zuschauer in einem Einheitsgefühl des Ganzen verbindet, ein Ausstrahlungspunkt deutscher Kunst im Ostraum.

„Der Offseekreis“.

Unter dem Titel „Der Offseekreis. Die Revolution der Geschichte des nordischen Menschen“ ist von Otto Weber-Krohse ein beachtenswertes Buch erschienen, (Herausgegeben von der Nordischen Gesellschaft, Verlag von Charles Coleman. Tübingen 1934. 171 Seiten.)

Das Buch verfaßt, die Geschichte der um die Offsee gelagerten Völker, die von der jüngsten Weltgeschichte bis in der Regel nicht dargestellt und kaum in ihren Beziehungen miteinander betrachtet worden sind, als ein Ganzes zu leben, als ein Ganzes in den räumlichen und geistigen Bedingungen. Und es geschieht das in einer lebendig anschaulichen und immer kraft voll Beweistliche abzielenden Art. Daß Dänemark über die Offsee hinweg Geschichte gemacht hat und daß für den Aufstieg der Hanse die Offsee der Räume verbindende Träger gewesen ist, darüber war man sich wohl einigermassen im klaren. Auch daß Schwedens Großmachtspolitik aus der Offsee ihre lebendige Kraft geschöpft und daß sich die Macht des Deutschen Ordens bewahrt an die Offsee angelehnt hat, daß der Protestantismus in den Offseeländern unbedingt vorherrschte, und daß das wederwählige Element für die Kolonisierung dieser Länder eine besondere Bedeutung besitzt — alles das hat man im allgemeinen gewußt. Gehört aber hat bisher eine „Zusammenfassung“ aller dieser Faktoren, die das nördliche Meer nicht anders oder vielleicht in noch stärkerem Maße als das Mittelmeer als ein geschichtsbildendes Element von starker Eigenprägung herbeizitieren lassen. Weber-Krohse sieht im nördlichen Offseekreis den großen, in Wirklichkeit einzigen Gegenpol und überwindend des römischen Mittelmeerkreises. Die Bedeutung der Ostsee aber, daß beide Kreise sich heute auf deutschem Volksboden überschneiden, hat er nicht genügend beachtet. Deutschland als historischer und politischer Begriff und als völkische Einheit tritt in seiner Betrachtung voll-

kommen zurück. Weber-Krohse sagt nichts darüber, wie er sich das Verhältnis zwischen den Eilen Deutschlands, die eindeutig zum protestantisch-nordischen Offseekreis gehören, und den anderen Eilen des deutschen Raumes denkt, die näher dem katholisch-römischen Mittelmeerraum liegen und stärker unter dessen Ausstrahlungen stehen. Er laßt nichts darüber, wie das Verhältnis des Offseekreises etwa zum baltischen Kessel sein soll, der auch von Männern wie Raschden oder Bismarck, die die Kräfte des Offseeraumes durchaus richtig zu werten verstanden, als ein politisch-berufswirtschaftlich Europas aufgeführt wurde. Seine Darstellung und Betrachtungsweise enthält manche Momente, die geeignet sein können, Trennungslinien im deutschen Raum wieder aufzuzeigen, deren Überwindung die Arbeit mehrerer Jahrhunderte war, und deren Wiedererrichtung gerade das Ziel dererigen Mächte ist, die sich heute z. B. in Wien mit deutlicher Front gegen das Reich festgesetzt haben. Denkt man daran, dann muß einem manches an dem Weber-Krohse'schen Buch nicht eben als falsch, aber doch zum mindesten als einseitig und als ungeschickt dargestellt vorkommen. Die Dinge, die im Südboden geschrieben, sind für Deutschland zu ernst und bedeutungsvoll, als daß sie es nebenher erlösen könnte, und was das Deutschland im Südboden seit dem 7. Jahrhundert geleistet hat, das ist doch mehr als eine romantische Angelegenheit, die nur noch eine Vergangenheit, aber keine Zukunft mehr hat. Trotzdem trifft es zu, daß, wenn der Südboden im deutschen Sinne eine Zukunft haben soll, die treibenden und revolutionierenden Kräfte dabei diejenigen sein müssen, die Weber-Krohse in ihrem Buche als die Kräfte des Offseeraumes dargestellt hat, und daß die deutsche Behauptung im Südboden gleichbedeutend sein wird mit der Zurückdrängung der aus dem Mittelmeerkreis herkommenden Kräfte.

